

Anspruch auf mehr als 75.000 Euro, aber:

Zur Polit-Pension kein Zuckerl für Kurz

Die Zeichen verdichten sich, dass Ex-Kanzler Sebastian Kurz sehr bald in der Privatwirtschaft aufschlagen wird: Wie er gegenüber der „Krone“ bekannt gab, verzichtet er auf die Fortzahlung seines Politikergehalts. Diese stünde ihm zu – aber nur, sofern er nicht arbeitet.

Vor seinem völligen Rückzug aus der Politik war Sebastian Kurz Klubobmann der Türkisen sowie Nationalratsabgeordneter. Dafür bezog er etwas mehr als 15.000 Euro brutto pro Monat. Nach seinem Ausscheiden stünden ihm 75 Prozent des Letztbezuges als Gehaltsfortzahlung zu, einschließlich aliquoter Sonderzahlungen („Weihnachtsgeld“) wären das mehr als 75.000 Euro, verteilt auf sechs Monate.

Doch Kurz verzichtet freiwillig darauf. „Sein Verständnis von Politik war immer, dem Land zu dienen und für die Menschen zu arbeiten“, hieß es aus Ex-Kanzler-Kreisen. Ganz so

groß dürfte das Opfer aber ohnehin nicht sein – denn die Fortzahlung stünde ihm nur zu, solange er kein Einkommen aus einer neuen Tätigkeit hat.

Kurz aber will dem Vernehmen nach „im ersten Quartal 2022“ in die Privatwirtschaft einsteigen. P.Tikal



Foto: Martin Jöchl

Auf dem Sprung in die Privatwirtschaft: Sebastian Kurz. ☺

Wir sind das Volk?

Als Bundeskanzler Karl Nehammer und seine Minister in die Wiener Hofburg zur Angelobung gingen, waren im Hintergrund Buhrufe und Pfiffe zu hören. Diese kamen von Tierschützern, Korruptionsbekämpfern und Impfgegnern. Eine kuriose Mischung also. Zahlenmäßig waren es kaum über 100 Personen. Wie jedoch ist das politisch einzuordnen?



Fotomontage/Fotos: nehler

Die Länder wieder am Ruder

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Länder bei der Regierungsumbildung die Fäden zogen. Die niederösterreichische Volkspartei mit Chefin Johanna

Mickl-Leitner stellt gleich zwei Minister (Gerhard Karner und Claudia Tanner) sowie den Kanzler Karl Nehammer. Ex aequo auf Platz zwei in Sachen Einfluss mit je zwei

1 In Demokratien ist es ein Grundrecht, sich zu versammeln, um auf eigene Meinungen hinzuweisen. Genauso darf der Protest gegen jemand – in diesem Fall die Bundesregierung – ausgedrückt werden. „Demonstrare“ ist das lateinische Wort dafür. Es bedeutet, auf etwas zu zeigen.

2 Seit 1953 regelt das Versammlungsgesetz, dass Demonstrationen zulässig sind. Voraussetzung ist die Anwesenheit von nur drei Personen. Trotzdem ist es nicht erlaubt, überall und jederzeit für alles zu demonstrieren. 48 Stunden vor einer Versammlung bedarf es der schriftlichen Anmeldung bei den Behörden, die Ort, Datum und Zweck



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier
analysiert

prüfen. Bei strafrechtswidrigen Inhalten einer Demonstration müsste diese verboten werden.

3 Man darf also nicht für Gewalt oder gegen die Demokratie demonstrieren. Gegen eine Regierung, egal, aus welchen Personen und Parteien sie besteht, natür-



Regierungsmitgliedern liegen Oberösterreich (Susanne Raab, Claudia Plakolm) und der Bauernbund (Klaudia Tanner, Elisabeth Köstinger). Durchgesetzt hat sich Tirols LH Günther Platter, der Margarete

Schramböck als Landsfrau gegen eine breite Front verteidigte. Auch der Steirer Hermann Schützenhöfer warf sein Gewicht in die Waagschale und setzte Martin Polaschek als Bildungsminister ein.

Herbert Kickl im „krone.tv“-Interview

„Haben die dümmste Regierung Europas“

Im Interview mit Gerhard Koller für krone.tv wettete FPÖ-Chef Herbert Kickl über die Corona-Politik und nahm Stellung zu den fragwürdigen Aussagen seiner Stellvertreterin Dagmar Belakowitsch. Für Impfgegner werde die Partei eine Rechtsberatung einrichten.

Kickl räumte zwar ein, dass die Aussagen von Belakowitsch, wonach vor allem „Geimpfte mit Impfschäden“ auf Intensivstationen liegen, „unsauber“ gewesen seien. Gleichzeitig vermisse er aber den Aufschrei der Medien, wenn es um die – wie er es nennt – „Lügen der Regierung“ gehe. Der Umstand, dass rund 85 Prozent der auf den Intensivstationen liegenden Personen ungeimpft sind, hinderte den FPÖ-Chef nicht daran, den Sinn der

Impfung zu relativieren. Die acht Wochen bis zum Inkrafttreten der „Allgemeinen Impfpflicht“ werde die FPÖ verwenden, mögliche Impfverweigerer rechtlich aufzuklären.

Das ganze Interview, unter anderem über Kickls Aussage, „Österreich hat die dümmste, verlogenste und sadistischste Regierung Europas“, und seine Beurteilung der „ausgestreckten Hand Karl Nehammers“ sehen Sie im Video auf [krone.at](https://www.krone.at)

Heftig war der Schlagabtausch zwischen Gerhard Koller und Herbert Kickl im krone.tv-Studio.



Foto: Zweifo

lich schon. Das ist bei deren Amtsantritt in der jüngeren Vergangenheit alles andere als neu. Die vorgestrigen Proteste waren im Vergleich zu früheren Protesten ein laues Lüftchen.

4 Als 2017 die Mitglieder der Koalitionsregierung von ÖVP und FPÖ angelobt wurden, demonstrierten auf dem Heldenplatz rund 5000 Personen. Wie schon Tausende bei der ersten schwarz-blauen Regierungszusammenarbeit im Jahr 2000. Es ging den Versammelten jeweils darum, keine Regierungsbeihilfe der FPÖ zu wollen. Jetzt gehen auch Funktionäre und Anhänger

der Freiheitlichen gegen ihren Ex-Partner ÖVP auf die Straße.

5 Na und? Das ist Demokratie. Undemokratisch hingegen ist es, wenn es auf Demonstrationen zu Gewaltdrohungen oder gar Gewalttaten kommt. Das geht selten von „allen“ Teilnehmern aus, doch dürfen die Organisatoren es nicht einmal seitens einer kleinen Gruppe in Kauf nehmen.

6 2000 wurden bei Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten 53 Polizisten verletzt und 17 Personen festgenommen. Die Regierung musste statt über den Ballhausplatz durch einen unterirdischen Gang

zum Präsidenten gehen. Nach den Demonstrationen der Impf- und Coronamaßnahmegegner am letzten Samstag berichtete die Wiener Polizei ebenfalls von verletzten Beamten, die mit brennenden Fackeln beworfen wurden. Es gab zahlreiche Anzeigen nach dem Strafgesetzbuch und mehrere Festnahmen.

7 Typische Sprüche auf Demonstrationen gegen die Regierung sind von rechter und linker Seite gleichermaßen „Wir sind das Volk!“ und „Das Volk will das so!“. Wie können Demonstranten einfach behaupten, dass etwa ihre Meinung gegen Coronamaßnahmen der Volkswille wäre? Das ist fast immer populistisch, oft pseudo-de-

mokratisch und meistens falsch. In der Schweiz gab es dazu soeben eine Volksabstimmung, in der nahezu eine Zweidrittelmehrheit für die Maßnahmen war.

8 In Österreich verfügten einst ÖVP und FPÖ über eine Regierungsmehrheit. Heute tun das ÖVP und Grüne. Jeweils nach demokratischen Wahlen. Man kann die Regierungspolitik schlecht finden und dagegen demonstrieren. Nur sollten wir mit einem verallgemeinernden Volksbegriff vorsichtig sein. Das Wort Volk entspringt nämlich dem althochdeutschen „folc“ und geht auf „Kriegsvolk“ zurück. Was ein wechselweises Einschlagen der Schädel bedeutete.